

Oskar Weggel

## Chinas Außenpolitik am Ende des 20. Jahrhunderts

Teil 5: „Arbeitsstile“

– Die Machart der chinesischen  
Außenpolitik –  
(Teil II)

### Gliederung

- 5.4 Der außenpolitische Habitus
- 5.4.1 Antinomie Nr.1: Personal- contra Sachorientierung
- 5.4.2 Antinomie Nr.2: Ordnung und Byzantinismus contra Informalität
- 5.4.3 Antinomie Nr.3: Impansionismus und Expansionismus
- 5.4.4 Antinomie Nr.4: Hierarchie contra Gleichheit
- 5.4.4.1 Zwischen „Mitte“ und „Massenlinie“
- 5.4.4.2 „Polyzentrismus“ als neue Mitte
- 5.4.4.3 China und das Völkerrecht
- 5.4.5 Antinomie Nr.5: Einmischungsfreiheit contra Interdependenz
- 5.4.6 Antinomie Nr.6: Worte und Taten
- 5.4.6.1 Das Eigenleben der Worte
- 5.4.6.2 Die Sprache der Indirektheit

### 5.4

#### Der außenpolitische Habitus

Die für das traditionelle Außenverhalten typischen Merkmale, die oben<sup>1</sup> mit der 5:4:3-Formel wiedergegeben wurden, haben den immerhin gleich vierfachen Regimewechsel im 20. Jh. (1911 ff., 1927 ff., 1949 ff. und 1978 ff.) erwartungsgemäß nicht unbeschadet überstehen können.

Von den fünf Konsequenzen, die sich daraus ergaben, daß das Reich der Mitte keine Außenpolitik als solche betrieb, haben sich die meisten längst in Wohlgefallen aufgelöst: Im Gegensatz zu früher gibt es z.B. heutzutage (1) eine staatliche Diplomatie, bestehen (2) feste Außengrenzen, haben sich (3) auch spezifisch „nationale Ziele“ herausgebildet und (4) kann es sich China längst nicht mehr leisten, Diplomatie durch Belehrungen zu ersetzen. Als Vermächtnis übriggeblieben ist lediglich (5) die „Personalisierung des Außenverhaltens“.

Traditionsfreundlicher sieht die Bilanz andererseits bei jenen vier Hauptelementen aus, die als Nebenableger einer „Quasi-Außenpolitik“ bezeichnet wurden. Höchst vital ist beispielsweise nach wie vor (1) das Hierarchiedenken, das sich allerdings von Tributkategorien weitgehend frei-

gemacht hat, ferner (2) der Politikprimat und vor allem (3) der nach wie vor mit Inbrunst betriebene Impansionismus, während andererseits (4) das Mitte-Denken etwas in den Hintergrund treten mußte.

Unter den drei Leitmotiven spielt (1) die Ordnungsversessenheit und (2) das Defensivdenken nach wie vor eine Schlüsselrolle, während das antimaritime Credo immer mehr verblaßt.

Nachfolgend seien vier dieser Vermächtnisse (Personalisierung, Stabilitätssehnsucht, Impansionismus und Hierarchie) näher beleuchtet. Hinzu kommen noch zwei weitere für den Stil chinesischer Außenpolitik so überaus typische *zuofeng*-Elemente, nämlich die erst im „Zeitalter der Demütigung“ hochgekommene Souveränitätsversessenheit sowie der auf westliche Ausländer immer wieder befremdlich wirkende Widerspruch zwischen Worten und Taten. Es handelt sich hier um sechs „Dauerbrenner“, die bei der Chinabeobachtung immer wieder auf höchst widersprüchliche Weise zutage treten.

#### 5.4.1

##### Antinomie Nr.1: Personal- contra Sachorientierung

Seit Beginn der Reformen sind die Mitkämpfer Deng Xiaopings nicht müde geworden, immer wieder zu fordern, daß die „Herrschaft des Rechts“ (und der Institutionen) (*faquan* [17]) an die Stelle der „Personenherrschaft“ (*renquan* [18]) treten müsse.

Zur Bekräftigung dieser Forderung wurden seit 1979 Hunderte von Gesetzen und Tausende von Verordnungen erlassen, die aber, wie ein Blick auf die innen- und (!) außenpolitische Praxis zeigt, am überkommenen Personalismus wenig geändert haben.

Allen Forderungen und Versicherungen zum Trotz sind nämlich Personen und „persönliche Beziehungen“ zu Politikern anderer Staaten immer wichtiger geworden. Diese „Personalisierung des Außenverhaltens“ schließt, wie erwähnt, an alte Traditionen an<sup>2</sup> und ist insofern ein Teilaspekt der reformerischen „Renormalisierungs“-Politik.

Kein Wunder, daß aus heutiger Beijinger Sicht vor allem jene Kontakte als besonders konstruktiv gelten, bei denen nicht nur Sachthemen, sondern vor allem die beteiligten Personen in den Mittelpunkt treten. Um diesen Tatbestand auszudrücken, bedient sich die Sprache Beijings gern des Begriffs „informell“ (*fei zhengshide* [19]). Vor allem im Zusammenhang mit den APEC-, den ARF- und den ASEM (Asia-Europe-Meeting)-Konferenzen wird von diesem Terminus ein fast inflationärer Gebrauch gemacht.<sup>3</sup>

Zweck der ASEM-Konferenzen war es, die „persönlichen Beziehungen“ zwischen den Politikern zu verbessern. Peinliche Fragen wie die Menschenrechte, das asiatische Waldsterben oder der Sextourismus wurden bei ASEM I beispielsweise schnell beiseitegeschoben, um ja keine dunklen Wolken aufziehen zu lassen. Überhaupt ging es den beteiligten Asiaten, vor allem aber den Chinesen, nicht um konkrete Ergebnisse, sondern um Schaffung einer gedeihlichen Atmosphäre.

<sup>2</sup>Näheres dazu C.a., 1998/5, S.507.

<sup>3</sup>ASEM I in Bangkok vom März 1996: C.a., 1996/2, S.159-161; ASEM II vom April 1998 in London: C.a., 1998/4, Ü 2.

<sup>1</sup>C.a., 1998/5, S.504 ff.

Als vorbildlich gilt in China mittlerweile auch das ARF (ASEAN Regional Forum), das – von Singapur 1994 aus der Taufe gehoben – schon bald zum festen Bestandteil eines „Dreierpakets“ wurde, bestehend (1) aus der seit 1967 tagenden Außenministerkonferenz der ASEAN-Mitglieder, (2) aus der PMC (Post Ministerial Conference), an der u.a. die USA und die EU beteiligt sind, sowie (3) dem ARF. 1996 erhielt China den Rang eines „Dialogpartners“ – und nimmt seitdem an der PMC teil, darüber hinaus aber auch am ARF. Außerdem kam es 1996 erstmals zu einem „China-ASEAN-Dialogtreffen“.<sup>4</sup> Ferner wurde ein „China-ASEAN Joint Economic and Trade Committee“ und ein „China ASEAN Scientific and Technological Committee“ gegründet.<sup>5</sup>

Zu ihrem dreißigsten Geburtstag veranstaltete die ASEAN im Dezember 1997 einen 9+3-Gipfel in Kuala Lumpur, auf dem sich die neun ASEAN-Mitglieder mit China, Japan und Südkorea zu einem weiteren „informellen“ Gipfeltreffen zusammenfanden, und zwar ohne westliche Beteiligung. China war entzückt und entsandte keinen Geringeren als Jiang Zemin.<sup>6</sup>

Entstanden sind hier also Gesprächsforen, bei denen „Konsultationen“ Trumpf sind – und die der chinesischen Diplomatie aufs äußerste behagen, zumal nicht nur Diplomaten teilnehmen, sondern immer häufiger auch Spitzenpolitiker. Die ASEAN-Tagungen, die APEC-Konferenzen und die Treffen am Rande der UNO-Generalversammlung im Herbst jedes Jahres ergeben zusammen ein Ensemble von Kontaktmöglichkeiten, das dafür sorgt, daß China auch mit „schwierigen Partnern“ in schwierigen Zeiten ständig im Gespräch bleiben kann, so z.B. mit den USA.

Überdies wurden im Juli 1996 zwischen Washington und Beijing häufigere Treffen und Konsultationen vereinbart. Regelmäßige Begegnungen auf höchster Ebene könnten zu „mehr Sicherheit, Stabilität und Vorhersehbarkeit“ führen, hieß es.<sup>7</sup> Bezeichnenderweise wurde diese Vereinbarung von Clintons oberstem Sicherheitsberater Anthony Lake ausgehandelt, nachdem es vorher im Zusammenhang mit dem militärischen Aufmarsch Chinas in der Taiwanstraße (März 1996), mit angeblichen chinesischen Raketenlieferungen an Pakistan und an den Iran sowie mit der „Affäre Harry Wu“ zu einem Tiefpunkt im bilateralen Verhältnis gekommen war.

Aus chinesischer Sicht sind die meisten dieser Foren Ausdruck einer neuen Form von Diplomatie: Gehe es bei ihnen doch nicht, wie bei Konferenzen westlicher Politiker, um konkrete Sachergebnisse, sondern vor allem darum, „freundschaftliche Kooperationsbeziehungen“ (*youhao hezuo guanxi*)<sup>8</sup> zwischen maßgebenden Politikern zu festigen und auf diese Weise eine Atmosphäre des Vertrauens und des Optimismus zu schaffen. Vielen auf „Effizienz“ bedachten Europäern war es vor allem bei den ASEM-Treffen schwer zu vermitteln, daß die Asiaten einfach nur zusammenkommen und gemeinsam Tee trinken wollten.

Auch die Art und Weise, wie die europäischen Teilnehmer an ASEM I dazu aufgefordert wurden, sich – nach altem ASEAN-Brauch – den Fotografen zu stellen, in-

dem man sich gegenseitig bei den Händen faßte, und zwar mit vor der Brust überkreuzten Armen, mochte manchen von ihnen befremdlich erschienen sein. Nur auf eine, wie immer inszenierte, „personalistische“ Art und Weise kann nach asiatischer – und hier vor allem nach chinesischer – Auffassung jene Vertrauensatmosphäre hergestellt werden, die im Chinesischen *qifen*, im Japanischen *kimochi* und im Koreanischen *kibun* genannt wird und soviel wie „gute Stimmung“ heißt, wobei allen drei Ausdrücken der gleiche chinesische Begriff [20] – und die gleiche Vorstellung – zugrunde liegt, nämlich „Atmosphäre“ zu schaffen und damit solide Grundlagen für die Zukunft zu legen. Vielleicht teilt sich einem Europäer diese Idee am besten über den schönen deutschen Begriff „Kamingespräch“ mit.

ASEM I war ein Gipfel ganz nach asiatischem Geschmack und zu asiatischen Bedingungen, bei dem es für die europäischen Teilnehmer eine Reihe neuer Erfahrungen zu verinnerlichen galt – nicht zuletzt auch die Lektion, daß künftig nicht mehr alle Szenen nach westlichem Drehbuch ablaufen.<sup>9</sup>

Auch ASEM II, das am 3. und 4. April 1998 in London stattfand, sollte ein Gipfel mit „informellem“ und „personalistischem“ Charakter werden. Erneut sollte das versöhnliche Gespräch, die Herstellung harmonischer Beziehungen und der „Konsens durch Konsultationen“ (*xieshang yizhi* [21]) im Vordergrund stehen. Gegründet wurde – ganz auf dieser Linie – eine „Visionsgruppe“, die dem Prozeß der Zusammenarbeit eine längerfristige Perspektive geben und auch schon ASEM III (in Singapur, 2000) vorbereiten sollte. Verabschiedet wurden ferner zwei „Aktionspläne“ für die politische und die investive Zusammenarbeit.<sup>10</sup> Obwohl bei dem Londoner Gipfel sonst nicht viel herauskam und auch die europäischen Zusagen für eine Unterstützung der vom Fieber der „Asienkrise“ geschüttelten Gesprächspartner bescheiden blieben, konnte ASEM II doch zwei Erfolge verbuchen: erstens nämlich erregte das Treffen die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit (an ASEM II nahmen nicht weniger als 2.500 Delegierte – und mindestens ebenso viele Medienvertreter teil!); zweitens versicherten die asiatischen Regierungschefs immer wieder, sie hätten das Gefühl, bei den Europäern eine neue Qualität des „Verstehens“ bemerkt – und weiter auf den Weg gebracht – zu haben.

Auch sonst hat die reformerische Führung in ihrem Bemühen, persönliche Kontakte zu knüpfen, zunehmend Schwerarbeit geleistet. Kein Jahr, in dem ein Jiang Zemin, ein Li Peng oder ein Zhu Rongji nicht mindestens ein Dutzend Länder oder internationale Konferenzen besucht und nichts unversucht gelassen hätte, um Beziehungen zu „wichtigen Persönlichkeiten“ aufzubauen, zusätzliche Ausschusssitzungen zu vereinbaren oder sich vielleicht gar um Einrichtung eines „roten Drahts“ zu bemühen.

#### 5.4.2

##### **Antinomie Nr. 2: Ordnung und Byzantinismus contra Informalität**

So sehr die chinesische Führung einerseits dem Personalismus grünes Licht gibt – und damit „Informalität“ fördert, so sehr legt sie andererseits Wert darauf, daß Außenpolitik

<sup>4</sup>XNA, 24.7.96.

<sup>5</sup>XNA, 25.7.96.

<sup>6</sup>Näheres dazu C.a., 1998/1, Ü 6.

<sup>7</sup>XNA, 9.7.96.

<sup>8</sup>So z.B. RMRB, 22.5.98, S.1.

<sup>9</sup>Näheres dazu C.a., 1996/2, S.159-161.

<sup>10</sup>Dazu C.a., 1998/4, Ü 2.

stets *berechenbar* bleibt, daß also – geregelte – Interdependenz niemals durch Chaos ersetzt wird.

Die Sehnsucht nach Ordnung – oder, negativ ausgedrückt: die „Ordnungsversessenheit“ – ist ein Hauptvermögen der politischen Kultur Chinas, das vor allem durch die konfuzianische Lehre über die Jahrhunderte hinweg transportiert worden ist und das seinen Ursprung in einem fünfhundertjährigen Krieg hat.<sup>11</sup> Ordnung und „Stabilisierung“ heißt auch heute noch die Parole, und überall gilt *dongluan* [22], d.h. Chaos und Unordnung, als Erzübel, dem nicht nur die politische Führung, sondern auch die Bevölkerung wo immer möglich entgegenzutreten versucht.

Die Neigung zur „Informalität“ andererseits hängt mit dem gesellschaftsimmanenten Streben nach der Schaffung von *guanxi* und Personalnetzwerken zusammen.

Dieser Gegensatz von Ordnungsstreben und Informalität kann zu Verunsicherung führen, aber auch konstruktive Auswirkungen zur Folge haben, wie ein Blick auf die Geschichte zeigt:

Schon der über zweitausendjährige Bestand des chinesischen Kaiserreichs (211 v.Chr. bis 1911) läßt sich eigentlich nur aus einem merkwürdigen Paradox heraus erklären: Einerseits nämlich waren die Fassaden dieses am längsten dauernden Reichs der Weltgeschichte die meiste Zeit über unverändert geblieben, sei es nun, was die offiziellen Formeln und die kanonischen Bücher, oder sei es, was die Regierungsorgane und die Kulte anbelangte. Andererseits entfaltete sich hinter der marmornen Kühle der Schauseiten und hinter den geheiligten Formeln ein höchst virulenter Pragmatismus, ohne dessen Anpassungsleistungen die Überlebensfähigkeit der traditionellen Staats- und Gesellschaftsordnung wohl kaum möglich gewesen wäre. Viele Mißverständnisse wären vermeidbar gewesen, hätte die Forschung *beide* Aspekte im Auge behalten. Die These von der angeblichen „Entwicklungslosigkeit“ Chinas zeigt in ihrer grandiosen Einseitigkeit, wie selbst ein Polyhistor vom Range Hegels der offiziellen Geschichtsschreibung auf den Leim gehen konnte.

Auch in der VR China ist viel von dieser Doppelbödigkeit erhalten geblieben: Im Bürgeralltag ist es das „Gesicht“, im Funktionsalltag der „Arbeitsstil“ (*zuofeng*), im Sprachalltag der „Sozialismus“ und im Institutionenalltag die „volksdemokratische“ Fassade, die dafür sorgen, daß sich überall der Eindruck von Bruchlosigkeit und Kontinuität aufdrängt.

Hinter den Fassaden andererseits ist fast *jedes* Arrangement möglich, wenn es nur einem allgemein akzeptierten Zweck dient, z.B. dem wirtschaftlichen Wachstum oder aber, außenpolitisch formuliert, der nationalen Sicherheit, der Herstellung von „Autorität“ oder aber dem Antihegemonismus.<sup>12</sup>

Der konfuzianische Ordnungsdreiklang wird, wie erwähnt, durch drei Regulative bewerkstelligt, nämlich durch Ritual, Moral und durch Bezeichnungstreue.

Außenpolitisch zeigt sich das *Ritual* besonders deutlich im Empfangs- und im Erklärungsverhalten.

Stark an traditionelle „Tribut“-Gewohnheiten erinnert u.a. die chinesische Bankett-Politik, die oben<sup>13</sup> bereits be-

schrieben wurde – angefangen vom abendlichen Empfang vor der monumentalen Volkshalle über den Einzug der Gäste bis hin zur Sitzordnung.

Auch die Empfangszeremonien am Flughafen, die seit Anfang der 90er Jahre in die Beijinger Innenstadt verlegt wurden, über die Beflaggung der Hauptdurchgangsstraßen bis hin zur Unterbringung im Diaoyutai-Gästehaus und die anschließenden Inspektionstouren durch ausgewählte Besuchsorte folgen einem ewiggleichen Schema, das dem Gast viel Raum für die Bewunderung Chinas läßt.

Die fortdauernde Pflege von Ritualen erinnert im übrigen daran, daß Außenpolitik im alten China nicht durch ein Außen-, sondern durch ein Ritenministerium betrieben wurde.

Wie hoch Ordnung und Stabilität bei den Reformern im Kurs stehen, läßt ihr Umgang mit Krisenerscheinungen deutlich werden, von denen hier drei exemplarisch angeführt seien, nämlich „Tiananmen“ (1989), die Asienkrise (1997 ff.) und die Behandlung der Flüchtlings- und Asylantfrage:

⇒ Das Tiananmen-Massaker, bei dem in der Nacht vom 4. auf den 5. Juni 1989 zwischen 1.000 und 2.000 Studenten sowie Arbeiter z.T. vor ausländischen Augenzeugen niedergeschossen oder von Panzern überrollt wurden, erwies sich für die chinesische Außenpolitik als Katastrophe ohnegleichen. War das reformerische China bis dahin von vielen ausländischen Beobachtern hochgehoben, wenn nicht verklärt worden, so sah sich das Land anschließend wie ein Aussätziger behandelt.<sup>14</sup>

Um den durch die Tiananmen-Krise angerichteten Flurschaden wieder zu sanieren, versuchte die Regierung, die eigene Bevölkerung durch ein „Wirtschaftswunder“, den Westen aber durch ein „außenpolitisches Wunder“ zu beeindrucken. Was die Volksrepublik damals in nur wenigen Jahren an konstruktiven Beiträgen leistete, nahm sich vor dem Hintergrund von drei Jahrzehnten maoistischen Außenverhaltens beinahe unglaublich aus. So konnte sie sich bereits Anfang der 90er Jahre mit sämtlichen Feinden aus der eigenen Region wie Indien, Vietnam, Südkorea sowie Indonesien aussöhnen und mit den beiden lange Zeit befeindeten „Apartheid-Staaten“ Südafrika und Israel diplomatische Beziehungen aufnehmen. Außerdem verstand es die chinesische Diplomatie, sich während der Golfkrise geschickt über alle Stolperstricke hinwegzubewegen, den Brandherd Kambodscha wenigstens an den Rändern einzugrenzen und sich den Koreanern als Vermittlungsinstanz anzudienen. Außerdem unterzeichnete Beijing den Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen, über das Verbot der Herstellung von Chemiewaffen und unternahm auch sonst alle möglichen Schritte, um der Hauptdevise *fazhan yu heping* („Entwicklung und Friede“) gerecht zu werden.

Sieht man einmal von dem Bemühen ab, die 1989 zerrissenen Verbindungsnetze wieder herzustellen und sowohl

<sup>14</sup>Die Chronologie der damaligen Ereignisse erstreckt sich über fünf Monate, und zwar vom 15. April 1989, also dem Todestag des einstigen ZK-Generalsekretärs Hu Yaobang, der die ersten Trauerkundgebungen auslöste, bis hin zur nichtöffentlichen Hinrichtung mehrerer hundert Teilnehmer an der Protestbewegung in Beijing Ende August 1989, Einzelheiten dazu Peter Schier, „Vier Jahre danach“, in: C.a., 1993/9, S.894-905.

<sup>11</sup>Ebd., S.15 ff.; vergl. auch oben, C.a., 1998/5, S.519 ff.

<sup>12</sup>Zu den Zielen vergl. Kap. 3.

<sup>13</sup>C.a., 1998/5, S.511 f.

bei der eigenen Bevölkerung als auch international neues Vertrauen zu gewinnen, so lief diese Politik vor allem darauf hinaus, wieder an vorrevolutionäre Traditionen anzuknüpfen und sich vor allem als Ordnungsmacht zu empfehlen.

Ganz in diesem Sinne erklärte Staatspräsident Jiang Zemin zum fünften Jahrestag der „Tiananmen-Ereignisse“, daß Stabilität, Stabilität und nochmals Stabilität die Grundlagen für jede Entwicklung seien. Für China sei *wending* ein prioritäres Anliegen, das alle anderen Überlegungen in den Hintergrund dränge. Nur wenn man die Sehnsucht nach Stabilität verstehe, könne man auch das chinesische Volk begreifen.<sup>15</sup>

⇒ Eine weitere Probe aufs Exempel konnte China im Zusammenhang mit der Asienkrise erbringen, die im Juni 1997 zuerst Thailand und dann weitere Drachen- und Tigerländer erfaßte.

Die von Währungs- und Aktienverlusten getroffenen Länder hatten, bei allem Unglück, jetzt doch wenigstens den einen Vorteil, daß ihre Produkte, währungstechnisch bedingt, so kostengünstig geworden waren, daß sie sich leicht absetzen ließen. Wäre China, dessen Renminbi zu dieser Zeit um nahezu 30% überbewertet war, hier mit Abwertungsmaßnahmen nachgezogen, so hätte sich dieser Vorsprung der asiatischen Nachbarn gleichsam im Handumdrehen wieder verflüchtigt.

In dieser Situation versprach Beijing nicht nur dem IWF, sondern auch den ASEAN-Ländern, im Interesse einer wirtschaftlichen Restabilisierung auf Abwertung zu verzichten, obwohl dadurch die Exporte Chinas sich verteuerten und möglicherweise auch der eine oder andere Investor abgeschreckt würde. China wolle diesen Verzicht als Beitrag zur Restabilisierung des asiatischen Umfelds verstanden wissen.

⇒ Eine dritte Probe aufs Exempel für seinen Willen zu Ordnung und Stabilität hat der 1,2-Mrd.-Staat dadurch erbracht, daß er Massenfluchten und Massenauswanderungen bisher erfolgreich hat verhindern können – und, anders als beispielsweise die Türkei (Kurden!) oder Restjugoslawien (Kosovo-Albaner!), keine Auswanderung „gefördert“, sondern Tatbestände „illegaler Auswanderung“ unter Strafe gestellt hat.

Verhielte sich die Volksrepublik demgegenüber böswillig und sähe sie einfach nicht hin, wenn z.B. 3% der Bevölkerung ihre Heimat verließen, so wäre die übrige Welt auf einen Schlag mit 36 Mio. „Asylanten“/Wirtschaftsflüchtlingen konfrontiert – also einer Lawine, die genauso umfangreich wäre wie die Gesamtzahl der Auslandschinesen, die sich seit mehreren hundert Jahren, vor allem aber um die Wende vom 19. zum 20. Jh., ins Ausland, vor allem nach Nanyang/Südostasien, abgesetzt haben.

Nun gibt es zwar immer wieder Klagen über illegale Zuwanderungen aus China. Nach amerikanischen Ermittlungen sind beispielsweise allein zwischen 1987 und 1991 nicht weniger als rund 100.000 Chinesen illegal in die USA immigriert.<sup>16</sup> Das Kentern der „Golden Venture“, eines 45 m langen Schiffs am Strand von Queens, bei dem i.J. 1993 Dutzende von „Illegalen“ den Polizeibehörden in die

Netze gingen, hat schlagartig deutlich gemacht, daß kriminelle Schlepperbanden, vor allem Triaden, das Schleusersgeschäft offensichtlich mit Nachdruck betreiben.<sup>17</sup> Den Beijinger Behörden war dieser Vorfall aber offensichtlich so peinlich, daß sie versicherten, künftig noch stärker auf Schleuserdelikte zu achten.

Ferner weiß Beijing, daß es auch den südostasiatischen Nachbarn keine weiteren „Boat people“ zumuten darf, wenn nicht das ohnehin schon überwachte Mißtrauen gegen China noch weiter hochzüngeln soll. Vor allem die Flucht Tausender von Boat people aus dem Kreis der Hoa (d.h. der Auslandschinesen in Vietnam) über das Südchinesische Meer nach Malaysia, Indonesien, auf die Philippinen und nach Thailand (i.J. 1975) und die anschließende Reaktion dieser Länder (Drohung Malaysias, auf die „Eindringlinge“ notfalls mit Artillerie zu schießen) haben deutlich gemacht, wie sehr die Nerven hier blank liegen!

Höchste Zurückhaltung Chinas ist hier also im Interesse des regionalen Friedens und eines Minimums an wechselseitigem Vertrauen geboten! Die chinesische Führung weiß dies und sucht ihre Kontrollpolitik entsprechend auszurichten.

#### 5.4.3

#### Antinomie Nr.3: Impansionismus und Expansionismus

Wie schon im traditionellen China<sup>18</sup> ist die reformerische Volksrepublik zu einer Politik zurückgekehrt, die den „Gewehrlauf“ durch „Schreibpinsel und (modern ausgedrückt) durch Megaphon“ zu ersetzen versucht. Beim XV. Parteitag von 1997 erklärte der damalige Außenminister Qian Qichen, daß China ein Land „ohne expansionistische Traditionen“ sei und daß es sich – ganz auf dieser Linie – auch in Zukunft an die alte konfuzianische Maxime halten wolle: „Was du nicht willst, das man dir tu, das füg' auch keinem andern zu“; in diesem Geiste müsse die Volksrepublik auch bestrebt sein, eine „gesunde internationale Umgebung“ herzustellen und bei den Nachbarn „um Vertrauen zu werben“.<sup>19</sup>

Nicht ohne Stolz stellt sich China bisweilen in Gegensatz zum früheren zaristischen Rußland: Während das Russische Reich in einem Zeitraum von nur 200 Jahren (1700-1900) 33 äußere und zwei innere Kriege geführt habe (davon nur vier Verteidigungskriege), könnten dem Reich der Mitte in den vergangenen 700 Jahren nur sieben militärische Übergriffe angekreidet werden, davon zweimal in Richtung Birma, viermal in Richtung Vietnam sowie einmal nach Java – und auch dies jeweils nur unter der Regie von Fremddynastien.

Die sechs oben bereits aufgezählten militärischen Aktionen, die China seit 1949 durchgeführt hat, werden in solchen Zusammenhängen nicht erwähnt, weil es sich, wie Beijing meint, hierbei stets um „Defensivfälle“ gehandelt habe: Ein Argument, das freilich nur insoweit sticht, als China in diesen Fällen niemals von sich aus die Initiative ergriff, sondern den Gegner immer erst kommen ließ.

Vom „Straffeldzug“ gegen Vietnam im Frühjahr 1979 abgesehen, ereigneten sich all diese militärischen Zusammenstöße außerdem in maoistischer Zeit – in einer Periode

<sup>17</sup>AWSJ, 9.6.93.

<sup>18</sup>Dazu ausführlich C.a., 1998/5, S.512-516.

<sup>19</sup>Dazu im einzelnen m.N. C.a., 1998/1, Ü 1.

<sup>15</sup>XNA, nach SWB 14.5.94.

<sup>16</sup>IHT, 16.6.93.

also, die sich aus heutiger Sicht wie „graue Vorzeit“ ausnimmt und deren Fehlritte sich das reformerische China genauso wenig anrechnen lassen möchte wie Nachkriegsdeutschland die Untaten der Hitlerzeit. Die „Theorie von der Bedrohung durch China“ (*Zhongguo weixian lun*) wird deshalb fast permanent als ein Versuch „böswilliger Kräfte“ verurteilt, denen es darauf ankomme, China in Mißkredit zu bringen. Das Gerede von der chinesischen Gefahr sei ein Märchen, heißt es.<sup>20</sup>

Selbst wenn viele dieser Argumente vor allem für Nachbarstaaten alles andere als überzeugend sein mögen, zeigt ein Blick auf die chinesische Geschichte doch immerhin, daß „Großmachtambitionen“ meist auf impansionistische Gesten beschränkt geblieben sind. Dem Reich ging es nicht um Gebiete des Gegners oder um seine physische Unterwerfung; vielmehr stellte es auf die „Besetzung von Gehirnen“ ab und verblieb damit auf einer Linie, die aus der Tiefe der eigenen Erziehungs-tradition kam.

Es war das Ideal des konfuzianischen Herrschers, nicht mit Machtmitteln (Militär, Strafrecht, Verwaltungsakten), sondern durch persönliche Autorität zu „regieren“. Ein Staatsmann, der auf militärische oder juristische Mittel zurückgreifen mußte, hatte sich dadurch als Politiker praktisch schon disqualifiziert. Autorität – nicht Gewalt – galt als Markenzeichen traditioneller Führungskunst. Autorität in diesem Sinne aber war das Ergebnis traditions-gerechter äußerer und innerer Umsetzung der Rollen des Vaters, des Mandarinats, des Kaisers und nicht zuletzt auch des Reichs der Mitte. All diese respekterheischen Instanzen hatten mit *innerer Macht* zu wirken, also Vorbildwirkung auszuüben, und dabei so weit wie möglich auf äußere Gewalt zu verzichten.

Impansionismus über das Reich der Mitte hinaus war jahrhundertlang im Rahmen des *Tributsystems* ausgeübt worden,<sup>21</sup> das den im Vorfeld des Reichs der Mitte lebenden Potentaten Gelegenheit verschaffen sollte, mit den als Vorbild präsentierten Institutionen des Reichs der Mitte vertraut zu werden und sie dann womöglich auf die eigene Gesellschaft zu übertragen.

Zwar ist der Tributrahmen spätestens im 19. Jh. zu Bruch gegangen, doch gibt China seinen Besuchern auch heutzutage noch reichlich Gelegenheit, Errungenschaften und Einrichtungen zu „bewundern“.

Hat China bis zur Mitte des 21. Jh. erst einmal die USA und Europa wirtschaftlich überrundet, dürfte sein Impansionismus ein neues, breiteres und vor allem wesentlich aufmerksameres Publikum finden. Wer in Europa hätte sich noch zu Beginn des 20. Jh. vorzustellen vermocht, daß das damals noch periphere Amerika bis zum Ende des Säkulums solche Durchschlagskraft erzielen würde!? Warum sollte ein wiedererstarktes China im 21. Jh. nicht zu einem ähnlichen Überholungsmanöver imstande sein!?

Die Botschaften, die China mitzuteilen hat, haben im Laufe der Zeit immer wieder gewechselt: Im traditionellen Reich der Mitte waren sie konfuzianischer, in maoistischer Zeit revolutionärer und im Zeitalter der Reformen sind sie „sozialistisch-marktwirtschaftlicher“ Art. Konstant – und offensichtlich unausrottbar – aber bleibt die Überzeugung des Reichs der Mitte, der übrigen Welt Botschaften schul-

dig zu sein.

#### 5.4.4

### Antinomie Nr.4: Hierarchie contra Gleichheit

#### 5.4.4.1

#### Zwischen „Mitte“ und „Massenlinie“

Seit das halbkoloniale China im „Jahrhundert der Demütigung“ durch ein tiefes Tal der Erniedrigungen hat schreiten müssen, gehört der Ruf nach Gleichberechtigung mit zu den Leitmotiven chinesischen Außenverhaltens: nach Gleichberechtigung (*pingdeng* [23]) wohlgermerkt, nicht jedoch nach Gleichheit (*tongdeng* [24]), die sich ja mit den überkommenen Hierarchievorstellungen selbst damals nicht in Übereinstimmung hätte bringen lassen.<sup>22</sup> Zur Zeit der Qing-Kaiser richtete sich der Gleichberechtigungsapell noch ausschließlich nach oben, d.h. an die westlichen Großmächte, die das Reich der Mitte ins zweite oder dritte Glied abgedrängt hatten, nicht jedoch nach unten – im Sinne etwa einer Gleichberechtigung aller Völker und Länder. Diesen Bedeutungswandel bekam das Postulat erst im Zeichen des maoistischen China, das die Formel prägte, daß „alle Länder, ob groß oder klein, gleichberechtigt sein sollen“ (*guojia bulun da xiao yinggai yi lu pingdeng*).

Das reformerische China hat diese Gleichberechtigungsförmulierung zwar beibehalten; doch wird ihr Gebrauch im Zeichen der Renormalisierung immer mehr zum Lippenbekenntnis. Besonders grotesk hört es sich beispielsweise an, wenn China bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit dem 40.000-Einwohner-Staat Andorra (in den Pyrenäen) (am 29.6.94) feierlich versicherte, daß sich das wechselseitige Verhältnis künftig nach den „Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz“, also auch im Zeichen der Gleichberechtigung, gestalten solle.<sup>23</sup>

Aussagen dieser Art stehen noch in der Tradition der von den Maoisten propagierten „diplomatischen Massenlinie“, die davon ausging, daß zwischen Kleinstaaten und Großmächten keine wesentlichen Unterschiede beständen, da die Linke Strategie ja grenzüberschreitend sei und sich nach der Vorstellung zu richten habe, daß die „Städte der Welt von den Dörfern der Welt her eingekreist“ werden könnten und daß „viele kleine revolutionäre Kräfte dazu befähigt sind, wenige reaktionäre Großmächte zu besiegen“.

#### 5.4.4.2

#### „Polyzentrismus“ als neue Mitte

Als die Reformer 1978 das Ruder übernahmen, mußten sie zwischen zwei Extremen, nämlich der altchinesischen Tribut- und der neuen maoistischen „Massenlinien“-Politik einen Mittelweg finden. Die Suche nach der richtigen Weichenstellung geriet zu einem echten Dilemma, weil einerseits Tribut-traditionen nur noch in Spurenelementen überlebt hatten (man denke an die „Z.4“-Ambitionen gegenüber Ländern wie Vietnam, Korea, Japan und der Mongolei), andererseits aber eine sogenannte Gleichberechtigung zwischen Nationen dem Durchschnittschinesen als grotesk, wenn nicht lächerlich erschien: Unwillkürlich tauchten damals Erinnerungen an das Albanien

<sup>20</sup>XNA, 21.4.93.

<sup>21</sup>Dazu C.a., 1998/5, S.510-512.

<sup>22</sup>Näheres dazu C.a., 1998/6, S.615.

<sup>23</sup>Dazu C.a., 1994/7, Ü 4.

Enver Hoxhas auf, das der VRCh am Ende der 60er Jahre als einziges sozialistisches „Bruderland“ erhalten geblieben war und das sich daraufhin zum Hauptbezugspunkt nicht nur volksrepublikanischer Diplomatie, sondern auch chinesischer Entwicklungshilfe entwickelt hatte, obwohl seine Einwohnerschaft gerade einmal ein Viertel der Stadtbevölkerung von Shanghai ausmachte.

Das China der Reformen wäre kein China der „Re-normalisierung“ gewesen, wäre es nicht auch hier auf eine mittlere Linie zurückgeschwenkt, die schon bald unter mehreren Bezeichnungen firmierte, sei es nun als Theorie von den „Vier Dreiecken“ oder aber als Vision von „Großmächten, zwischen denen sich ein neuer Typ von Beziehungen anbahnt“, die am Ende aber mit einem Begriff besetzt wurde, der sich wohl auf längere Zeit durchsetzen dürfte, nämlich mit „Multipolarisierung“ (*duojihua*).

Im einzelnen:

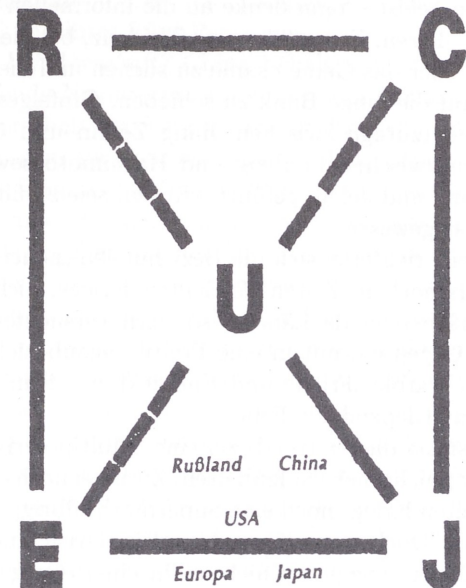
⇒ Was zunächst einmal die „Vier Dreiecke“ anbelangt, so sind sie ein Konstrukt aus fünf Beteiligten, nämlich der „Supermacht“ USA und den vier Großmächten China, Rußland, Japan und EU. Wenn China schon nicht einzige Mitte sein kann, so will es wenigstens zu den Fünf Zentren gehören!

- Dreieck Nr.1 wird von den USA, Japan und China gebildet, also von pazifischen Mächten, zwischen denen es Zusammenarbeit, aber auch Spannungen gibt, nämlich Handelskonflikte, Menschenrechtsfragen und die Furcht vor einer „drohenden Wiederbelebung des Militarismus in Japan“.
- Dreieck Nr.2 ist ein Gebilde mit den Ecken USA, China und Rußland. Zu den Konflikten gehören hier die Osterweiterung der NATO, die Bosnien-/Kosovofrage (USA/Rußland) und die „strategische Partnerschaft“ zwischen Beijing und Moskau, die von den USA als anti-amerikanisch empfunden wird – zumindest aus chinesischer Sicht.
- Dreieck Nr.3 umfaßt die USA, Europa und Japan. Hier gibt es Handelskonflikte (vor allem zwischen den USA und Japan), aber auch politische Auseinandersetzungen (z.B. zwischen Japan und Frankreich wegen der französischen Nukleartests im Pazifik).
- Dreieck Nr.4 setzt sich aus den USA, Rußland und der EU zusammen. Zwischen Europa und Rußland steht die NATO-Osterweiterung, die Jugoslawienpolitik der EU und das Wirtschaftsgefälle, zwischen der EU und den USA aber ein neues europäisches Selbstbewußtsein („Kerneuropa“, Einführung des Euro), das mit der „atlantischen“ Ausrichtung in Konflikt kommen könnte.

Die vier Dreiecke werden von der einzigen noch verbliebenen Supermacht, den USA, miteinander verklammert – ein Hierarchieverhältnis, das zwar den chinesischen Grundvorstellungen, nicht aber den chinesischen Wünschen entspricht, denen zufolge eine ganz andere Macht an der Spitze stehen müßte – nämlich das Reich der Mitte!<sup>24</sup>

<sup>24</sup>Zu den Grundgedanken der vier Dreiecke Xue Mouhong, Vizepräsident der Gesellschaft für asiatisch-afrikanische Studien, in BRu, 1995, Nr.39, S.21 f.

## Die Vier Dreiecke



Immerhin kann sich China damit trösten, daß es schon in zwei bis drei Jahrzehnten mit aller Wahrscheinlichkeit wirtschaftlich (d.h. nach Gesamt-BIP gemessen) an den USA vorbeizieht und damit die Spitze übernimmt. Die Weltbank hat hierfür das Jahr 2020 als wahrscheinlichen Zeitpunkt errechnet. Entscheidend freilich dürfte für China sein, daß nicht mehr das Ob, sondern nur noch das Wann streitig sein kann – stets unter der Voraussetzung, daß das Land nicht wieder einmal seine Einheit verliert und in Teile auseinanderbricht!

⇒ Und wie steht es um den zweiten Hierarchieansatz, bei dem „Großmächte“ im Mittelpunkt stehen, zwischen denen sich Beziehungen „neuen Typs“ entwickeln? Großmächte sind aus chinesischer Sicht Staaten oder (EU!) Staatengemeinschaften, die „Pol“-fähigkeit<sup>25</sup> besitzen, die sich also kraft ihres politischen und wirtschaftlichen Einflusses zu Hauptknoten im internationalen Netzwerk entwickeln und zwischen denen sich demzufolge besonders intensive Formen der Zusammenarbeit – aber auch Konflikte mit besonderer Intensität – entwickeln. Letztlich läuft dieses Konstrukt auf dieselben Beteiligten hinaus wie die Theorie von den Vier Dreiecken. Beteiligt sind also auch hier fünf Akteure, wodurch die de-facto-Pentarchie der heutigen Welt ein weiteres Mal bestätigt wird.

Im Gegensatz zu den Konflikten, die sich im Kontext mit der europäischen Pentarchie während des 19. Jhs. herausgebildet haben, sieht China das neue Beziehungsgeflecht allerdings unter weitaus optimistischeren Perspektiven. Die Beziehungen des „neuen Typs“ seien vor allem durch drei Merkmale gekennzeichnet:

Erstens bestimmten nicht mehr militärische, sondern *wirtschaftliche* Kalküle das Denken und Handeln. So seien beispielsweise 1997 zwischen China und den USA Waren und Dienstleistungen im Werte von 43 Mrd. US\$, zwischen China und Japan sogar in Höhe von 60 Mrd. ausgetauscht worden.

<sup>25</sup>Dazu Teil 4 dieser Serie, 1998/10, Abschnitt 4.2.

Zweitens würden bestehende Meinungsverschiedenheiten immer mehr im Wege des *Dialogs* statt durch Konfrontation gelöst – man denke an die informellen APEC- und ARF-Foren. Es bestehe eine Tendenz, bei diesen Gesprächen eher das Gemeinsame zu suchen und die Unterschiede auf die lange Bank zu schieben. Gipfelgespräche, wie sie heutzutage zwischen Jiang Zemin und Clinton, aber auch zwischen Li Peng und Hashimoto sowie zwischen Jiang und Jelzin geführt würden, seien früher ganz undenkbar gewesen.

Drittens richteten sich die Beziehungen „neuen Typs“, anders als noch in Zeiten des kalten Kriegs, nicht mehr gegen außenstehende Länder, sondern versuchten diese, ganz im Gegenteil, mit in eine Politik einzubeziehen, die unter der Parole „Friede und Entwicklung“ firmiere und die der Interdependenz diene.

Angesichts dieses Trends sei eine „Multipolarisierung“ (*duojihua*) nicht mehr aufzuhalten. Zwar sei nach dem Ende des kalten Kriegs noch eine Supermacht übriggeblieben – die USA. Doch werde die sich multipolarisierende Welt auf die Dauer ganz gewiß nicht mehr einer einzigen Stimme gehorchen!<sup>26</sup>

Mit ihrem „Multipolarisierungs“-Ansatz ist die Volksrepublik auf Distanz zur zentralistischen „Mitte“-Konzeption gegangen, die Denken und Praxis des „Reichs der Mitte“ immerhin 2000 Jahre lang bestimmt und die noch im Hauptwerk des Reformers Kang Youwei über die „Große Gemeinschaft“ (*Datong*) ein Nachspiel erlebt hatte.<sup>27</sup> Zentralismus, zellulare Aufteilung, Vereinheitlichung von Religion, Sprache und Kultur, Abschaffung aller Staaten und Begründung *einer* Welt mit dem einen „Volk des Himmels“ und – nicht zu vergessen – mit sinozentrischer Kultur- und Sprachorientierung: Dies waren, um es nochmals zu wiederholen, die in der Tradition verwurzelten Grundvorstellungen Kangs gewesen!

Im Zeitalter Mao Zedongs schien dieses Einheitsschema noch einmal aufzuleben, wenn auch – paradoxerweise – im Zeichen einer weltweiten Revolution.

Spätestens mit dem Scheitern der Linken Strategie war die KPCh aber dazu übergegangen, den Realitäten Rechnung zu tragen und sich mit jenen Entwicklungen anzufreunden, die auf eine vielgestaltige Welt mit „vielen Zentren“/„Polen“ (*duoji*) hinauslief.

#### 5.4.4.3

##### China und das Völkerrecht

Noch bis in die 60er Jahre hinein hatte Beijing immer wieder Zweifel am westlichen Völkerrecht angemeldet und ein besonderes sozialistisches Völkerrecht gefordert.

Von solchen Auffassungen ist spätestens seit dem Beitritt der Volksrepublik zur UNO i.J. 1971 nicht mehr die Rede. Vielmehr identifiziert sich die Volksrepublik fast vollständig mit den Zielen der Weltorganisation. In der Rede Jiang Zemins beim XV. Parteitag (1997) hieß es, daß „die neue Weltordnung auf den Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz basiert, die wiederum dem Ziel und den Prinzipien der UNO-Charta entsprechen und den Zeitgeist (*shidai chaoliu* [25]) des Friedens und der Entwicklung widerspiegelt“.

Dreh- und Angelpunkt der chinesischen Völkerrechtsauffassung ist die Souveränität, die unter dem Siegel der „heiligen Trias“ territoriale Integrität, Nichteinmischung und Wechselseitigkeit in die mittlerweile sakrosankten „Fünf Prinzipien“ eingegangen ist und die, wie Beijing meint, durch zahlreiche Übereinkünfte, durch gewohnheitliche Einübung und durch die Anerkennung aller Kulturvölker so selbstverständlich geworden sei, daß sie in Form des Art. 38 des Statuts des Internationalen Gerichtshofes von 1945 Völkerrechtsqualität angenommen habe, an der nicht mehr gerüttelt werden dürfe.

Eine weitere „völkerrechtliche“ Grundüberzeugung der Volksrepublik besteht darin, daß Ungleiche Verträge von einst durch Abmachungen von gleich zu gleich ersetzt werden müßten. Die Annullierung des Unrechts von 1842 durch die „Gemeinsame chinesisch-britische Erklärung“ von 1984 sowie durch die Rückgabe Hongkongs am 1. Juli 1997 waren aus der Sicht Beijings nichts anderes als Manifestationen einer solchen Wiedergutmachung. 1999 folgt ein weiterer Akt zur Wiederherstellung des Rechts in Form der Rückgabe Macaus an die Volksrepublik.

Völkerrecht ist aber nicht nur das Unterpfand für die „Fünf Prinzipien“ und ein Erzwingungsinstrument für die Aufhebung alten Unrechts, sondern dient, drittens, auch der Verfestigung von Prinzipien, die den Chinesen besonders wichtig erscheinen, nämlich dem Grundsatz des „*pacta sunt servanda*“ sowie der *clausula rebus sic stantibus*, d.h. dem Prinzip, daß Verträge neu zu verhandeln sind, wenn ihre Geschäftsgrundlage sich geändert hat.

Mit dem Pochen auf die Veränderungs-*clausula* zeigen die Chinesen, daß rechtliche Fixierungen zwar wichtig sind, daß sie ihre eigentliche Legitimation aber aus der präjuristischen Vernunft oder aber aus der Moral beziehen, daß dem Naturrecht letztlich also Priorität vor dem Juristenrecht zukommt. Damit ist eine alte Überzeugung neu zur Geltung gekommen, die sich ihren Weg in jahrhundertelangen Auseinandersetzungen zwischen Konfuzianern und „Legalisten“ – verkürzt ausgedrückt: zwischen *li* und *fa* – gebahnt hat. Der Buchstabe des Gesetzes allein reicht also noch nicht aus! Völkerrecht ist gültig, soweit es auch „richtig“ i.S. von moralischen Grundüberzeugungen ist!

#### 5.4.5

##### Antinomie Nr.5: Einmischungsfreiheit contra Interdependenz

Das Spannungsgefüge, das es hier zu erläutern gilt, hängt mit der Widersprüchlichkeit zusammen, die in den „Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz“ verankert ist. Während die „Prinzipien“ einerseits der Interdependenz (*xianghu yicun*) grünes Licht zu geben scheinen, erweisen sie sich zur gleichen Zeit als Hohes Lied auf die Unabhängigkeit, Souveränität und Einmischungsfreiheit von Nationen.

*Der Inhalt der Fünf Prinzipien:* Das Grundthema, das seit Jahrzehnten in fast jeder außenpolitischen Erklärung Chinas anklingt und dessen litaneiartige Wiederholung bei nicht wenigen Beobachtern des Geschehens Gähnfälle auslöst, sind die „Fünf Grundprinzipien der friedlichen Koexistenz“ (*heping gongchu wuxiang yuanze* [26]), die folgende Elemente umfassen:

<sup>26</sup>Vergl. dazu C.a., 1998/1, Ü 1.

<sup>27</sup>Dazu C.a., 1998/5, S.509 f.

- „Gegenseitige Achtung der territorialen Integrität und Souveränität“ (*xianghu zunzhong lingtu wanzheng he zhuquan* [27])
- „Gegenseitigen Nichtangriff“ (*hubu qinfan* [28])
- „Gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten“ (*hubu ganshe neizheng* [29])
- „Gleichberechtigung und gegenseitiger Nutzen“ (*pingdeng huli* [30]) sowie
- „Friedlichkeit“ (*heping gongchu* [31]).

*Akzentverschiebungen:* Zwar hat es zwischen diesen einzelnen Prinzipien immer wieder Akzentverlagerungen gegeben, angefangen vom „Nichtangriff“ (im sinosowjetischen Verhältnis nach 1968) über den „gegenseitigen Nutzen“ (zu Beginn der Reformen, 1979 ff.) bis hin zur „Nichteinmischung“ (beispielsweise in der Menschenrechtsfrage, die aus chinesischer Sicht den Hauptvorwand für Interventionen liefert). All diesen Verschiebungen zum Trotz ist es letztlich aber die Souveränität gewesen, auf die der Scheinwerfer beharrlich immer wieder zurückschwenkte.

Vor allem Deng Xiaoping rückte in seinen außenpolitischen Erklärungen die nationale Souveränität auf Platz Nr.1: Wer Menschenrechte einfordere, dürfe die Staatenrechte nicht vergessen, und wer von Menschenwürde spreche, müsse auch die nationale Würde im Auge behalten.<sup>28</sup> Deng zeigte sich überzeugt, daß sich unter den mittlerweile auf eine Zahl von 180 angewachsenen Staaten wohl kein einziger befinde, der nicht auf weltanschauliche, kulturelle und wirtschaftliche Eigenständigkeit pochte. Leider gebe es immer wieder Gegenströmungen, die den Souveränitätsanspruch zu unterspülen versuchen, sei es nun im Namen einer „Großen Familie“, eines gemeinsamen „Blocks“, einer „Einflußsphäre“ oder gar einer „Weltführerschaft“. Mit dem Ende des kalten Kriegs seien die Grundlagen für Hegemonie und Blockbildung jedoch in weite Ferne gerückt.

*Kontroversen:* Da die Fünf Prinzipien so schwammig abgefaßt sind, wurden sie u.a. Gegenstand der berühmten chinesisch-sowjetischen Ideologiekontroverse von 1963. Während Chruschtschow damals die friedliche Koexistenz zur „Generallinie“ der sowjetischen Außenpolitik erklärt hatte, forderte das maoistische China eine dreifache Differenzierung: Gegenüber sozialistischen Staaten sei nicht FrK, sondern „proletarischer Internationalismus“ zu üben, gegenüber den Ländern der Dritten Welt gelte das Solidaritätsgebot und nur gegenüber dem kapitalistischen Lager könne FrK in Frage kommen – Koexistenz sozusagen bis aufs Messer.

21 Jahre später, nämlich 1984, nahm sich die offizielle Interpretation ganz anders aus: FrK galt jetzt nicht mehr als Instrument des Klassenkampfes, sondern als ein Hilfsmittel zur Gestaltung der Außenpolitik gegenüber *sämtlichen* Ländern, unabhängig von ihrem Charakter als kapitalistische, sozialistische oder Drittweltstaaten.<sup>29</sup> Überdies mußten die Prinzipien „umfassend“ angewandt werden und seien deshalb auch auf die wirtschaftlichen Beziehungen auszuweiten, hieß es. Nicht zuletzt aber hatte sich

jetzt auch eine Einstellung herausgebildet, die sich auf die Formel „FrK = Antihegemonismus“ bringen ließ.<sup>30</sup> Hegemonismus galt m.a.W. als das spiegelbildliche Gegenteil der FrK und ihrer Fünf Prinzipien.

*Die Urhebererschaft?* China behält sich aber nicht nur die laufende Neuinterpretation vor, sondern nimmt auch die Autorschaft der Fünf Prinzipien für sich in Anspruch: Offiziell seien sie zwar erst am 28. Juni 1954 – zwei Tage nach Beginn der Genfer Konferenz – von drei Ländern, nämlich China, Indien und Birma, gemeinsam aus der Taufe gehoben worden. Die Grundidee jedoch stamme von Zhou Enlai, der die Prinzipien bereits im Dezember 1953 in die chinesisch-indischen Tibet-Gespräche eingebracht und schon damals dafür gesorgt habe, daß sie in die Präambel des 1954 unterzeichneten „Abkommens über den Handel und Verkehr zwischen dem chinesischen Tibet und Indien“ aufgenommen wurden. Birma habe sich hier erst später eingeklinkt, und auch die Bandung-Konferenz von 1955 habe eine bereits ausgereifte Idee übernommen, die den 23 Teilnehmern auf der Stelle einleuchtete, da sie, ungeachtet ihrer so grundverschiedenen Ausgangsinteressen, spontan fünf echte Gemeinsamkeiten entdeckt hätten.<sup>31</sup>

*Die Nichteinmischungslinie Beijings:* Hart auf Anti-Interventionskurs blieb Beijing vor allem in seiner Jugoslawien-, Libyen-, Irak-, Nordkorea-, Rußland- und Haiti-Politik:

- Mit Jugoslawien verbindet China ein altes, fast schon sentimentales Verhältnis, das bis 1977 zurückreicht, als der (vorher jahrelang geschmähte) Tito dem nach-maoistischen China einen Staatsbesuch abstattete, der im Zeichen des „Antihegemonismus“, genauer: der gemeinsamen Anti-UdSSR-Politik stand.

Nichts hätte Beijing der jugoslawischen Führung mehr gegönnt als die Bewahrung der titoistischen Integrationsleistung. Als die Entwicklung dann anders verlief und ein Landesteil nach dem anderen von Jugoslawien wegbrach, geriet die Beijinger Außenpolitik in arge Verlegenheit. Würde man nämlich mit der Anerkennung Sloweniens, Kroatiens und Bosniens nicht der Belgrader Regierung ins Gesicht schlagen – und damit gleichzeitig auch die eigene Nichteinmischungspologetik ungläubhaft werden lassen?

Daß Beijing sich im Mai 1992 dann doch zu einer Anerkennung Sloweniens und Kroatiens durchrang, hatte offensichtlich mit der Furcht zu tun, daß Taiwan der Volksrepublik sonst wieder einmal zuvorkommen könne.

Allerdings betonte China, daß die UNO-Blauhelme nur bei Konflikten *zwischen* Staaten eingreifen dürfen, nicht aber in einen Bürgerkrieg.<sup>32</sup>

Die gleiche Linie bezog China auch in der Kosovo-Frage, als es im Herbst 1998 darum ging, ob die NATO

<sup>30</sup>Zum Antihegemonismus vergl. C.a., 1998/7, S.712 f.

<sup>31</sup>Im April 1955 formulierten die Vertreter von 29 gerade unabhängig gewordenen Staaten Asiens und Afrikas beim „Rüttschwur“ der Bandungkonferenz (18.-24.4.1955) die sog. „Zehn Prinzipien“, in denen, so die chinesische Sicht (XNA, 28.6.94) die Fünf Prinzipien das Rückgrat abgaben.

<sup>32</sup>Zu den proserbischen Sympathien Chinas vergl. C.a., 1991/10, Ü 15; XNA, 24.11.91 und C.a., 1992/5, Ü 1.

<sup>28</sup>Näheres mit Nachweisen C.a., 1997/4, Ü 1.

<sup>29</sup>In diesem Sinne RMRB, 18.7.84.



eingreifen dürfe.<sup>33</sup>

- Ferner stellte sich Beijing auch Sanktionen gegen Libyen in den Weg, die im Anschluß an das Flugzeugattentat über Lockerbie verhängt worden waren.<sup>34</sup>
  - Energisch widersetzte sich China auch der Verhängung von Strafmaßnahmen gegen Nordkorea, das 1994 in Verdacht geraten war, eigene Nuklearbomben herzustellen. Die heikle Frage sei durch diplomatische Aussprachen zu klären. Keinesfalls dürfe Nordkorea durch Maßnahmen des Sicherheitsrats „in die Ecke gedrängt“ – und damit in eine Situation gebracht werden, die China „nicht akzeptieren“ könne.<sup>35</sup>
  - Auch im Fall des Irak wollte China keine Gewaltakte zulassen: Als der Irak, der im Golfabkommen von 1991 die Inspektion von möglichen Massenvernichtungswaffen durch die UNSCOM zugesagt hatte, sich Anfang 1998 weigerte, dieses Versprechen einzulösen, pochte China auf Weiterverhandlung und auf eine Intensivierung des Dialogs. Gewalt jedenfalls sei kein brauchbares Mittel der Politik.<sup>36</sup>
  - Auch vor der gewaltsamen Tschetschenienpolitik Moskaus verschloß China krampfhaft die Augen und suchte das Vorgehen seines „Partners“ dadurch zu rechtfertigen, daß Tschetschenien von „Zehntausenden militanter Separatisten aus Rußland herausgerissen“ werden solle.<sup>37</sup>
- Noch zehn Jahre vorher wäre die Tschetschenienkrise für die chinesische Propaganda ein schlechthin idealer Anlaß gewesen, um den „Sowjethegemonismus“ an den Pranger zu stellen. Gegenüber dem neuen „Strategischen Partner“ Rußland freilich konnte man sich eine solche Tonart nicht mehr erlauben!
- Lediglich bei der UNO-Abstimmung über eine militärische Intervention gegen das Militärregime in Haiti vom 31.7.94 verhielt sich die VRCh etwas neutraler, indem sie Stimmenthaltung übte.<sup>38</sup>

#### 5.4.6

### Antinomie Nr.6: Worte und Taten

#### 5.4.6.1

#### Das Eigenleben der Worte

Der außerordentliche Stellenwert, den die Chinesen der „korrekten sprachlichen Bezeichnung“ beimessen, hängt mit zwei besonderen Traditionen des Reichs der Mitte zusammen, nämlich mit dem konfuzianischen *zhengming* [32] und mit der traditionellen Geschichtsschreibung.

⇒ *Zhengming*: Im Interesse der Ordnung hinterließ Konfuzius strenge Vorschriften für den richtigen Gebrauch von Begriffen: „König“ durfte sich nur nennen, wer sich königlich, „Minister“ nur, wer sich ministerlich und „Vater“ nur, wer sich auch wirklich väterlich (im Sinne der überlieferten Normen) benahm.

Diese Tradition wirkt auch heute noch fort. Nur so kann man ermessen, mit welchen Schwierigkeiten sich die Reformer konfrontiert sahen, als sie einerseits die Markt-

wirtschaft einführten, andererseits aber nicht vom „Sozialismus“-Begriff lassen wollten. Daß sie am Ende dann doch mit den Schwierigkeiten fertig wurden und wieder Kongruenz zwischen Begriff und Realität herstellen konnten, zeigte, wie bedeutungsvoll für eine chinesische Führung Definitionsmacht viele Jahrhundert lang war – und bis auf den heutigen Tag geblieben ist!

⇒ Auch in der *Geschichtsschreibung*, die als Handreichung von Beamten- zu Beamtengeneration gedacht war, herrschte ein strenger Umgang mit Begriffen. Den Todesfall eines Königs beschrieb Konfuzius in seinen exemplarischen „Frühlings- und Herbstannalen“ beispielsweise mit dem Begriff *beng* [33], den Tod eines hohen Beamten mit *hong* [34] und den eines gewöhnlichen Sterblichen mit *zu* [35]. Registrierte er nun das Ableben eines formellen Königs nicht mit *beng*, sondern mit *zu*, so brachte er damit auf höchst subtile Weise zum Ausdruck, daß es sich bei dem Verstorbenen eigentlich gar nicht um einen „König“, sondern um einen „Gemeinen“ – im doppelten Sinne des Wortes – gehandelt habe. Ließ er auf der anderen Seite einen äußerlich „kleinen Mann“ unter dem Begriff *hong* oder gar *beng* sterben, so vollzog er damit eine Art moralischer Beförderung.

Kein Wunder, daß angesichts solcher Traditionen, die das Ende des Reichs der Mitte mühelos überlebt haben, auch der Sprachstil der Volksrepublik China nach wie vor höchst ritualisiert ist. Für die Beschreibung der Gesprächsstimmung im diplomatischen Verkehr haben sich 16 Formulierungen eingebürgert, die von „herzlich“ über „ungezwungene Atmosphäre“ bis hin zu einer „Atmosphäre inniger Freundschaft und des vollständigen Verständnisses“ reichen können.<sup>39</sup>

Eine besondere Zuspitzung erfuhr die Rhetorik zu einer Zeit, da China noch im Zeichen des Klassenkampfes stand und sich keine Zurückhaltung auferlegen mußte, wenn es „Feinde“ angreifen wollte, sei es nun Südkorea, Südafrika oder Israel, aber auch Taiwan.

Angesichts des rhetorischen Eigenlebens, das sich damals in den Formulierungen entfaltete, ergaben sich für den Beobachter bisweilen schwierige Interpretationsprobleme. Als z.B. Beijing 1958 begann, eine der Inseln in der Formosastraße, nämlich Jinmen (Quemoy), zu bombardieren und schließlich ankündigte, daß die Beschießung künftig nurmehr an ungeraden Tagen fortgesetzt würde, wunderten sich westliche Beobachter über diese merkwürdige (manifeste) Erklärung; schien sie doch sinnlos, da die Truppen Taiwans auf Quemoy ihre Schutzmaßnahmen entsprechend dosieren konnten. Die Erklärung enthüllte aber sogleich ihren tieferen (latenten) Gehalt, wenn man sie dahingehend interpretierte, daß die Beschießung auch als Ausdruck der Verärgerung gegenüber der Sowjetunion gedacht war, die damals jegliche Quemoy-Hilfe verweigert hatte, nicht zuletzt aber auch als ein Signal an die eigene Bevölkerung, die ja gerade in jenen Monaten zum „Großen Sprung“ aufgerufen worden war, und die durch den Hinweis auf eine von außen drohende Gefahr zusätzlich stimuliert werden sollte.

Heutzutage hat sich der Ton zwar wesentlich gemäßigt, doch ist viel von der Doppelbödigkeit des Erklärungsver-

<sup>33</sup>Dazu C.a., 1998/7, Ü 3.

<sup>34</sup>C.a., 1996/7, Ü 6.

<sup>35</sup>XNA, 31.3.94.

<sup>36</sup>XNA, 24.1., 25.1., 28.1. und 1.2.98.

<sup>37</sup>XNA, 22.2.95.

<sup>38</sup>C.a., 1994/8, Ü 1.

<sup>39</sup>Zusammenstellungen bei Stephan Jaschek, *Chinesisch-deutsches Wörterbuch der internationalen Beziehungen*, Bonn 1976, Anhang VI, S.670 f.

haltens geblieben. Hätte man sich beispielsweise immer nur an Verlautbarungen gehalten, wäre die plötzliche Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Ländern wie Südkorea oder Israel kaum zu verstehen gewesen. Wer das wirkliche Verhalten Beijings mit seinem Erklärungsverhalten lange genug verglichen hatte, wußte, daß mit Südkorea seit den 80er Jahren intensive Handelsbeziehungen und mit Israel sogar enge Militärbeziehungen bestanden hatten.

Auch gegenüber den früheren Supermächten verhielt sich die VR China höchst „doppelbödig“: In Umkehrung einer bekannten westlichen Diplomatenmaxime handelte sie *suaviter in re, fortiter in modo*, also begütigend in der Sache, aber hart im Ton.

Aller nach außen bezigten Forschheit zum Trotz wußte die VR China aber auch im Zeichen der Hochspannung stets ein Maximum an Psychologie mit einem Minimum an Risiken zu verbinden.

#### 5.4.6.2

##### Die Sprache der Indirektheit

Das Erklärungsverhalten Beijings bedarf aber nicht zuletzt auch deshalb einer besonderen „Lesart“, weil es nicht selten mit Andeutungen gespickt ist, wie sie Vertretern aus westlichen Kommunikationskulturen, in denen eine überaus direkte Sprache gepflegt wird, Schwierigkeiten bereitet.

Die „Kultur der Indirektheit“ findet demgegenüber in der chinesischen Politik einen meist subtilen, bisweilen aber auch penetranten Ausdruck, und zwar in Form des sog. „Schattenschießens“ (*yin she*), bei dem, wie bereits die Bezeichnung verrät, das Opfer nicht direkt, sondern per Schatten aufs Korn genommen wird.

Weitaus häufiger als in der Außenpolitik wird zunächst einmal freilich bei innerbürokratischen Auseinandersetzungen auf Schatten geschossen: Besonders bekannt geworden ist in diesem Zusammenhang die „Anti-Konfuzius-Kampagne“ von 1973, die sich dem Nichteingeweihten erst nach geraumer Zeit als eine Attacke gegen den „Konfuzius des Jahres 1973“, nämlich gegen Zhou Enlai, enthüllte, gegen einen Spitzenpolitiker also, auf den sich offene und direkte Angriffe wie von selbst verboten.

Ein weiterer typischer Fall dieser Art ereignete sich am 20.3.1991, als die *Renmin ribao* ein achtzeiliges Gedicht abdruckte, das in normaler Lesart (von links nach rechts) auf eine patriotische Huldigung hinauslief, von rechts oben diagonal nach links unten gelesen aber „Li Peng, tritt zurück, damit der Zorn des Volkes beschwichtigt wird“ heißt.

Ähnlich indirekter Methoden bedient Beijing sich auch in seiner Außenpolitik:

- a. Als der frühere US-Außenminister Kissinger 1971 zu Geheimverhandlungen nach Beijing kam, fanden die Aussprachen mit Zhou Enlai im Fujian-Saal der Halle des Volkes statt. Daß hier ausgerechnet der Raum jener Provinz gewählt wurde, die Taiwan am nächsten liegt, ging dem Außenminister erst nachträglich auf: allzuwenig hatte er sich auf die Politik der subtilen Andeutungen eingestellt!
- b. Auf noch exemplarischere Weise mußte der frühere französische Ministerpräsident Balladur bei seinem Chinabesuch im April 1994 mit dem *yin she* Bekannt-

schaft schließen. Die chinesische Führung wollte dem Gast damals die Rechnung dafür präsentieren, daß die französische Regierung den Verkauf von Kampfbombern an Taiwan genehmigt und daß sie außerdem im Gefolge der Tiananmen-Ereignisse von 1989 so starkes Engagement zugunsten chinesischer Dissidenten an den Tag gelegt hatte.

Balladur wurde nicht nur dadurch „abgestraft“, daß er keine wirtschaftlichen Aufträge mit nach Hause bringen konnte, sondern mehr noch durch protokollarische Schikanen, die damit begannen, daß damals ausgerechnet Chinas bekanntester Dissident, Wei Jingsheng, der kurz vorher auf freien Fuß gesetzt worden war, während der Balladur-Visite wieder eingekerkert wurde, und zwar wegen angeblicher „regierungsfeindlicher Äußerungen“. Wei blieb damals keineswegs das einzige Opfer, das vor den Augen Balladurs „geschlachtet“ wurde. Vielmehr war der ganze Weg des französischen Ministerpräsidenten von ostentativen „Dissidenten-Einvernahmen“ gesäumt. Die chinesische Dramaturgie verlief, wie *Le Monde*<sup>40</sup> nachträglich feststellen konnte, in insgesamt fünf Etappen:

- Etappe Nr.1: Wei Jingsheng wird vier Tage vor dem Eintreffen Balladurs festgenommen.
- Etappe Nr.2: Am Tag der Ankunft des französischen Premiers in Beijing wird Xu Wenli in polizeilichen Gewahrsam genommen. Xu galt ebenfalls als führender Kopf der „Demokratischen Mauer-Bewegung“ von 1978/79 und war – nach zwölf Jahren Gefängnis – gerade im Mai 1993 entlassen worden.
- Etappe Nr.3: Während Balladur sich auf dem Flug von Beijing zu seiner nächsten Station, nämlich nach Shanghai, befand, wurde ein weiterer bekannter Dissident, Wang Fucheng, am Zielort Shanghai festgenommen, und zwar exakt am Ankunftstag Balladurs.
- Etappe Nr.4: Kurze Zeit nach dem Eintreffen erfolgte die Festnahme zweier zusätzlicher prominenter Dissidenten der Shanghaier Szene, nämlich Bao Ges und Yang Zhous. Yang Zhou erhielt provozierenderweise sogar Gelegenheit, sich mit der ausländischen Presse kurzzuschließen und sie über seine Verhaftung zu unterrichten – eine wiederum offensichtlich genau abgezielte Aktion der chinesischen Drahtzieher.
- Etappe Nr.5: Beginnend mit dem Abreisetag Balladurs wurden die Dissidenten dann – Mann für Mann – wieder auf freien Fuß gesetzt, allen voran Wang Fucheng, der bekanntgab, daß er während seiner Einvernahme geschlagen worden sei. Auch Bao Ge und Yang Zhou durften wieder nach Hause zurückkehren, wurden dort aber noch eine Zeitlang unter Hausarrest gehalten. Gleichzeitig wurden ihre Telefone gesperrt, so daß ausländische Journalisten sich nicht länger mit ihnen kurzschließen konnten. Yang Zhou hatte den AFP-Korrespondenten vorher allerdings

<sup>40</sup> *Le Monde*, 13.4.94.

noch darüber informieren können, daß er „wegen Balladurs Besuch arrestiert“ worden sei.<sup>41</sup>

Wie sollte sich der Premier in dieser Situation verhalten? Als er in Shanghai eintraf und von der Festnahme der Dissidenten erfuhr, sei ihm, wie es hieß, „der Kragen geplatzt“ und er habe das Verhalten der Chinesen „inakzeptabel“ gefunden.<sup>42</sup> Chinesisch interpretiert hatte er ganz offensichtlich Gesicht verloren, zumal sich die französische Presse sofort auf den Fall stürzte, die Einzelheiten ausschaltete und über den Ministerpräsidenten Hohn und Spott ausgoß.

Der Fall Balladur blieb keine Einzelaktion:

- c. Auch beim Besuch Bundeskanzler Kohls im November 1995 gab es Nadelstiche gegen den Gast, die zwar weniger boshaft ausfielen als gegen Balladur, die aber doch eine späte Rache Li Pengs für Gesichtsverluste sein sollten, denen der chinesische Ministerpräsident bei seinem Deutschlandbesuch im Juli 1994 ausgesetzt worden war.

So blieb Li Peng beispielsweise protokollwidrig dem Abschiedszeremoniell für den Bundeskanzler fern – ein Akt, der von der Hongkonger *South China Morning Post* als „Demütigung“ für den Gast bezeichnet wurde. Ferner lagen die Handelsabschlüsse lediglich bei einem Drittel jener Summe, die bei Li Pengs Deutschlandvisite kontraktiert worden waren, und nicht zuletzt erfolgte auch diesmal ein Dissidenten-Nachspiel: Kaum nämlich hatte der Bundeskanzler die Volksrepublik verlassen, kam es – wieder einmal! – zur Verhaftung Wei Jingshengs, für den Kohl und Kinkel sich vorher noch *expressis verbis* eingesetzt hatten.<sup>43</sup>

Bei der *yinshe*-Außenpolitik sind Dissidenten als Schachfiguren offensichtlich unentbehrlich: sie werden in aller Öffentlichkeit übers Spielfeld gezogen, ohne daß ihnen sonst viel passierte. Die beiden Beschuldigten Bao und Yang waren bei ihrer „Festnahme“ während des Balladur-Besuchs beispielsweise zuerst auf eine Polizeistation gebracht und dann die nächsten Tage – stets unter Polizeiaufsicht – in zwei verschiedene Hotels einquartiert worden.<sup>44</sup>

- d. Einer ähnlich indirekten Sprache bediente sich Beijing auch im März 1996 bei der Scheinbombardierung Taiwans, dessen Bevölkerung damals gerade Li Denghui zum Staatspräsidenten gewählt – und damit (ebenfalls indirekt) seinen Willen zu verstärkter Unabhängigkeit bekundet hatte. Daraufhin schoß Beijing zwei unmunitionierte Raketen auf die Zufahrtbuchten der beiden größten taiwanischen Hafenstädte, nämlich Gaoxionsg und Jilongs. Gleichzeitig fanden VBA-Marinemanöver statt, die sich allerdings kaum vom volksrepublikanischen Ufer wegbewegten – und schon gar nicht bis zur Mitte der Taiwanstraße reichten!

Beijing wollte mit all diesen Aktionen, die streckenweise „Pekingoper“-reif waren, seinem Protest gegen die Unabhängigkeitsschritte Taiwans Ausdruck verleihen.

Bisweilen werden mit außenpolitischen Erklärungen auch (latent) innenpolitische Ziele verfolgt. Vor allem war dies während der Mao-Jahre der Fall: Die militanten ideologischen Auseinandersetzungen mit der Sowjetunion in den Jahren 1963/64 beispielsweise hatten neben der offenen Zweckbestimmung, andere KPs für die chinesische Position zu erwärmen und obendrein den chinesischen Emanzipationsprozeß gegenüber der Sowjetunion zu beglaubigen, noch den stillschweigenden Nebeneffekt, innenpolitischen Gegnern zu drohen, vor allem jener ZK-Gruppe um Liu Shaoqi, die sowjetischen Denkmustern nahestand.

## CHINESISCHE ZEICHEN

- [1] 作风
- [2] 三大作风
- [3] 实事求是的作风
- [4] 围墙经济
- [5] 开放
- [6] 灵魂
- [7] 中心
- [8] 相互依存
- [9] 群众
- [10] 全面的
- [11] 中国人民对外友好协会
- [12] 友好合作关系
- [13] 非正式的
- [14] 友好往来
- [15] 国际环境
- [16] 贸易公司
- [17] 法权
- [18] 人权
- [19] 非正式的
- [20] 气分
- [21] 协商一致
- [22] 动乱
- [23] 平等
- [24] 同等
- [25] 世代潮流
- [26] 和平共处五项原则
- [27] 相互尊重领土完整和主权
- [28] 互不侵犯
- [29] 互不干涉内政
- [30] 平等互利
- [31] 和平共处
- [32] 正名
- [33] 崩
- [34] 薨
- [35] 卒

<sup>41</sup>IHT, 12.4.94.

<sup>42</sup>*Le Monde*, 10./11.4.94.

<sup>43</sup>Ausführlich dazu C.a., 1995/12, S.1110-1115.

<sup>44</sup>Vergl. auch C.a., 1994/4, Ü 1.